

6. / 11. 1917.

87

Die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland.

Vom Geheimen Rat Alexander Wekerle.

Königlich ungarischer Ministerpräsident a. D.

Budapest, 3. Januar.

Die engere Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland bildet schon seit Jahren den Gegenstand von Beratungen der verschiedensten Fachkreise. Eigens zu diesem Zwecke gebildete Vereine, Theoretiker sowie auch praktische Vertreter der Volkswirtschaft, Juristenvereine, Vereine der Industriellen und Handelskreise befassen sich mit der Frage. Wirtschaftliche und politische Momente beeinflussen die Bestrebungen, und es hat sich allgemein die Auffassung eingewurzelt, daß unsere politischen und militärischen Beziehungen auch einen wirtschaftlichen Ausbau erfordern. Eine ganze Literatur ist schon über die Frage entstanden, alle Gesichtspunkte wurden vielfach erörtert. Ich könnte kaum neue Beweise anführen und möchte deshalb in diesem kurzen Aufsatz nur die Entwicklung der Ideen in einigen Zügen darstellen, um daraus das logische Vorgehen ableiten zu können.

Die Idee der wirtschaftlichen Annäherung wurde so eingeleitet, daß man womöglich gleiche wirtschaftliche Einrichtungen, die Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs anstrebt, daß man den Post- und Schekverkehr, die Geldüberweisungen zu vereinheitlichen trachtete, identische Rechtsnormen, insofern selbe den Verkehr und die Handelsgeschäfte betreffen, paritätische und gleichmäßige Verfügungen im Verkehrswesen, gleiche und einfachere Zollgebahrung und womöglich ein einheitliches Zollschemata forderte. Ein weiter gehendes Anknüpfen wurde in der Richtung angestrebt, daß man bei den Zollsätzen eine Präferenz einräume, welche durch Festsetzung einer ausgedehnten Freiliste und durch Bevorzugung zwar nicht bei allen, aber bei vielen oder mehreren Zollsätzen verwirklicht würde, und zwar derart, daß diese Bevorzugungen auf Grund der Meistbegünstigung durch andere Staaten nicht in Anspruch genommen werden könnten. In Ergänzung dieser Idee wurde die Feststellung einer gemeinsamen Handelspolitik und das Einvernehmen bei Abschluß von Handelsverträgen mit dritten Staaten in den Vordergrund geschoben.

Es gibt viele, die dieses Vorgehen und besonders die Bevorzugung nur als einen ersten Schritt betrachten und die einen sukzessiven Abbau der Zollsätze vor Augen halten, ja sogar so weit gehen, daß sie nur eine formelle Zollunion als eigentliches Mittel der wirtschaftlichen Annäherung und des wirtschaftlichen Aufschwunges betrachten.

Ich glaube, wir sollen das Feld der aufgetauften vielen Ideen vorerst insofern abgrenzen, als nötig ist, um im klaren darüber zu sein, daß die Vereinigung der jetzt getrennten Wirtschaftsgebiete ein Ding der Unmöglichkeit ist. So sehr sie auch in erster Reihe auf einander angewiesen sind, so sehr auch die wirtschaftliche Annäherung gefördert werden soll, ist eine Zollunion doch als ausgeschlossen zu betrachten. Sollten sich auch die verschiedenen Gesetzgebungen über einen einverständlichen Ausgangspunkt einigen können, so würde doch ein ungestörtes Einvernehmen bei Fortführung der Dinge, bei der Vertretung gegenüber dem Zollausland, bei der Abschließung von Verträgen und überhaupt bei der ganzen Zollgebahrung nie erreichbar sein. Aber ganz abgesehen von diesen staatsrechtlichen Bedenken, welche meiner Ansicht nach auch in der Zukunft ein beständiges Hindernis bilden werden, hätte eine Zollunion — soll sie wirklich mit den gehofften Vorzügen verbunden sein — solche Vorbedingungen, welche nicht übergangen werden können. Ich möchte nur beispielsweise anführen, daß die verschiedenen Einrichtungen im Rechtsleben, die verschiedenen Steuergesetze, hauptsächlich die Verbrauchsabgaben, Gebühren und Monopole, die differierenden Verkehrseinrichtungen, das Geld- und Kreditwesen so verschiedene Verhältnisse hervorrufen, welche durch Verträge nicht überbrückt werden können.

Logisch muß daraus die Folgerung abgeleitet werden, daß nicht nur die Zollunion, sondern auch der innigere wirtschaftliche Zusammenhang überhaupt von gewissen Vorbedingungen abhängt, welche sukzessive zu erfüllen sind, bei welchen die Differenzen Schritt für Schritt ausgeglichen werden müssen. Ich kann mir ganz gut vorstellen, daß wir die Grundzüge unserer Handelspolitik besprechen, die gegenseitigen Interessen fortwährend vor Augen halten, ich glaube sogar, daß es nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist, daß wir bei Abschluß von fremden Handelsverträgen in vollem Einvernehmen vorgehen, ich glaube, daß wir uns in vielem gegenseitige Vorzüge einräumen können und sollen, bin aber fest überzeugt, daß wir in erster Reihe und ohne Zaudern alle Bestrebungen verwirklichen sollen, welche die womöglich identische Ausgestaltung des Wirtschaftslebens, des hierauf bezughabenden Rechtslebens, des Verkehrs und des Geld- und Kreditwesens betreffen und die ich als Ausgangspunkt der seit Jahren bezweckten wirtschaftlichen Annäherung oben bezeichnet habe. Die Idee, wie die Verschiedenheit der Valuta ausgeglichen werden könnte, beschäftigt schon seit einer Reihe von Jahren Theoretiker und auch die interessierten Geschäftskreise.

In neuester Zeit, wo die Parität unserer Währung sich verschlechtert, beziehungsweise auch gegenüber der Markwährung wesentlich gesunken ist, tauchen immer mehr Ideen, ja sogar Forderungen auf, welche eine gewisse fixe Relation zwischen der Mark- und Kronenwährung feststellen wollen und dies sozusagen als den Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Annäherung betrachten wollten. Logisch kann eine valutarische Annäherung nur als Folge der wirtschaftlichen Annäherung eintreten und nicht als Ausgangspunkt der Annäherung angesehen werden.

Zwischen verschiedenen Wirtschaftsgebieten läßt sich überhaupt keine beständige fixe Relation feststellen. Die

grundlegende Wahrheit des Wirtschaftslebens, daß sich Saldos nur durch Geld, Waren oder neuere Kredite ausgleichen lassen, wird sich durch Feststellung von Relationen nicht verneinen lassen. Relationen können auf eine bestimmte Zeit festgestellt werden, die Differenzen müssen aber in diesen bestimmten Zeitabläufen ausgeglichen werden. Sie können dem Wirtschaftsleben gewisse Vorteile einräumen, auch kann die Ausgleichung des Saldos mit gewissen Kreditgewährungen verbunden werden, wir müssen aber im reinen darüber sein, daß die wirkliche Relation nur durch das Wirtschaftsleben festgesetzt werden kann und daß eine Verständigung, so sehr sie auch anzustreben ist, nicht der Ausgangspunkt, sondern nur die Folge der wirtschaftlichen Annäherung ist, zumal ein inniges wirtschaftliches Verhältnis die gegenseitigen Beziehungen derart vermehrt, klärt und beständig gestaltet, daß der wirtschaftliche Verkehr schon an und für sich in den meisten Fällen den Ausgleich des Saldos zustande bringt. Die Vertiefung des wirtschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland erfordert gewiß beiderseits eine gewisse Nachgiebigkeit, und es ist ganz begreiflich, daß die unmittelbar interessierten Kreise die Befürchtung hegen, daß ihre Produktion relativ verteuert, der Absatz ihrer Produkte namhaft erschwert wird. Die Befürchtung darf aber nicht so weit gehen, daß die Verwirklichung der Annäherung vereitelt oder aber die Erleichterung der Valutaverhältnisse in den Vordergrund geschoben und als eine Vorbedingung hingestellt wird. Es ist doch vernünftigerweise vorauszusetzen, daß die eigenen Interessen nicht nur geschont, sondern bewahrt werden und daß man keinerlei solche Opfer verlangen kann, die eine vernichtende Rückwirkung ausüben könnten. Die scheinbaren Nachteile werden vielfach überwogen werden durch die Vorteile, die uns das vergrößerte Absatzgebiet, das paritätische Vorgehen, die gesicherte Stellung unseres ganzen Wirtschaftslebens bieten.

Die Verständigung mit Deutschland ist gewissermaßen doch eine Rückversicherung den Strebungen gegenüber, welche uns durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Ententemächte bedrohen. Ich hege zwar die Hoffnung, daß diese mehr ostentative Vereinigung völlig divergierender Elemente kein ständiges Gepräge verleiht — die Londoner Konvention wird kaum ihre Fortsetzung in den internationalen Beziehungen der Weltwirtschaft finden können. Dennoch müssen wir aber darauf gefaßt sein, daß eine jahrelang dauernde Rückwirkung des jetzigen Zusammenhanges sich fühlbar machen wird. Und das ist schon an und für sich ein hinreichender Beweggrund, daß wir, relativ alleinliche Hindernisse überbrückend, die Annäherung ernst und mit Eifer fördern.

Der wahre Grund liegt aber in unserem politischen und militärischen Bündnisse. Es wird kaum jemand bezweifeln, daß unsere vitalsten Interessen diesem Bündnisse einen nicht nur dauernden, sondern geradezu einen beständigen Charakter verleihen. Ich glaube auch zuversichtlich annehmen zu können, daß niemand mehr an der These festhält, daß politische Vereinbarungen die wirtschaftlichen Interessen nicht berühren, im Gegenteil, die Wahrheit sagt immer tiefere Wurzel, daß die politischen und militärischen Interessen klar den Beweis geliefert haben, daß das gegenseitige Zuwinken und gegenseitige Beihilfe auch auf wirtschaftlichem Gebiete unumgänglich notwendig sind, zumal selbe die Bindesäden bilden, welche die politische und militärische Gemeinschaft verstärken und enger zusammenhalten.

Staatsmänner und wirtschaftliche Interessenten sollten im reinen sein, daß politische und wirtschaftliche Interessengemeinschaft identisch sind und daß deren innigere Ausgestaltung eine Lebensbedingung für beide Teile ist.